

Wacker-Chemie-Chef Rudolf Staudigl: "Wir brauchen wettbewerbsfähige Strompreise für die europäische Grundstoffindustrie" (Teil 1)

Categories : [Beihilfenrecht](#), [Digitalisierung](#), [Emissionshandel](#), [Energie](#), [Energiehandel](#), [Erneuerbare Energien](#), [Europarecht](#), [Kraftwerke](#), [Regulierung](#), [Strom](#), [Umweltrecht](#)

Tagged as : [Carbon Leakage](#), [Grundstoffindustrie](#), [Kohleausstieg](#), [Netzausbau](#), [Pariser Klimaschutzabkommen](#), [Polysilicium](#), [stromintensive Industrie](#), [Stromkosten](#), [THG-Emissionen](#), [Wacker Chemie](#)

Date : 4. September 2019

Die Wacker Chemie AG stellt das Rohmaterial für Energiewende und Digitalisierung her: Polysilicium. Damit steht der Chemiekonzern, der zu den weltweit größten Polysilicium-Herstellern gehört, für eine "Energiewende made in Germany" - bekommt aber massiv die Konkurrenz aus China zu spüren. Für energieintensive Unternehmen wie Wacker sind die Stromkosten als Teil der Produktionskosten längst ein zentraler Faktor im internationalen Wettbewerb. Konzernchef Rudolf Staudigl [sprach sich](#) deshalb kürzlich für eine Senkung des Strompreises aus. Anlässlich unseres [Symposiums](#) am 10. September in Berlin, bei dem wir mit Experten aus Politik und Wirtschaft über die industriepolitischen Perspektiven für energieintensive Unternehmen diskutieren, möchten wir die von Wacker initiierte Diskussion aufgreifen. Wir freuen uns, dass wir Rudolf Staudigl für ein Gespräch gewinnen konnten. Heute bei uns im Blog Teil 1 des Interviews.

Energieblog: Sehr geehrter Herr Staudigl, Sie haben vor wenigen Wochen staatliche Eingriffe in den Strommarkt gefordert, um den Strompreis für die stromintensive Industrie zu deckeln. Man konnte den Eindruck bekommen, Sie reden der Planwirtschaft das Wort – wie war das Feedback auf Ihre Initiative?

Staudigl: Mit geht es um das genaue Gegenteil von Planwirtschaft, nämlich um politische Rahmenbedingungen, die energieintensiven Unternehmen der Grundstoffindustrie faire Wettbewerbsbedingungen ermöglichen, das bedeutet international wettbewerbsfähige Strompreise garantieren. Stromintensive Unternehmen stehen vor einer doppelten Herausforderung: Wir wollen erstens in Europa entschlossen einen Dekarbonisierungspfad einschlagen, um die Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen. Und zweitens müssen wir uns gleichzeitig im zunehmenden Wettbewerb mit sich dynamisch entwickelnden, staatlich subventionierten Unternehmen aus Asien - vor allem China - behaupten. Solange die Strompreise in den globalen Wettbewerbsregionen unserer Grundstoffindustrien - in West-China zahlen unsere Wettbewerber nicht einmal die Hälfte für ihren Kohlestrom - staatlich nach unten reguliert werden, braucht auch die EU eine industriestrategische Antwort auf diese strukturelle Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der EU. Wir brauchen einen europäisch angelegten Industriestrompreis von unter vier Cent pro Kilowattstunde. Damit öffnen wir die Tür für den Beitrag der Industrie zum Pariser Klimaschutzabkommen. Für diesen Vorschlag habe ich viel Zuspruch bekommen, nicht nur aus der Industrie, sondern auch von Politikern, die wissen, wie wichtig faire Wettbewerbsbedingungen für die Zukunftsfähigkeit und die Arbeitsplätze der europäischen Grundstoffindustrie sind.

Energieblog: Bösartig könnte man sagen: Die Klage ist des Kaufmanns Gruß. Kurz nach Ihrem Vorstoß hat die Agora Energiewende eine [Studie](#) veröffentlicht, die zeigt, dass die Stromgroßhandelspreise durch den Kohleausstieg so gut wie unverändert bleiben, eventuell absinken. Wie passt das zu Ihren Warnungen?

Staudigl: Die Effekte des anstehenden Kohleausstiegs sind nicht die Ursache für die heutige Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der europäischen Grundstoffindustrie. Der heutige Marktpreis ist schon zu hoch, um als stromintensives Unternehmen – trotz bestehender Entlastungsregeln – die Kosten- und Technologieführerschaft im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Die regulierten Strompreise unserer internationalen Wettbewerber fressen unsere Technologieführerschaft langsam aber sicher auf.

Der Kohleausstieg kommt potenziell verschärfend hinzu. Studien wie die von Agora basieren auf zahlreichen Annahmen bezüglich Wetter, das u.a. wichtig für PV und Wind ist, Stromnachfrageentwicklung, Netzausbau und Kapazitätzubau von Erneuerbaren und Erdgaskraftwerken – dann kann sich vieles anders entwickeln, nur kaum besser als angenommen. Und zusätzlich wird die Verteuerung jeweils verglichen mit einem Referenz-Szenario, welches bereits wettbewerbschädliche Stromkostenniveaus bedeutet. Für die stromintensiven Unternehmen ist das keine Entwarnung – und vor allem keine Planungssicherheit für zukünftige Investitionen, etwa zur Dekarbonisierung.

Energieblog: Die EU-Kommission hat die Strompreise in Wettbewerbsländern vor nicht allzu langer Zeit bewertet. Das Ergebnis: Auch in China ist der durchschnittliche Industriestrompreis nicht wesentlich niedriger als in der EU. Ziehen Sie dieses Ergebnis in Zweifel?

Staudigl: Wir kennen diese Studie und haben sie uns genau angesehen. Der durchschnittliche Preis ist weder in China noch in Europa aussagekräftig. Man muss das immer differenziert nach Abnehmern und Regionen betrachten. Unsere Wettbewerber sitzen im Westen Chinas. Dort liegen die Stromkosten für die energieintensive Industrie, zumindest die unserer Wettbewerber, bei weniger als der Hälfte unserer Kosten. Anfang des Jahres wurden die Strompreise in China um zehn Prozent gesenkt, um die Industrie zu entlasten, daneben gibt es verhandelte Sondertarife. Börsennotierte chinesische Unternehmen stellen das in ihren Finanzberichten sogar explizit als großen Wettbewerbsvorteil heraus. Und in China handelt es sich eben gerade nicht um Strom aus erneuerbaren Quellen, sondern aus Kohlekraftwerken.

Energieblog: Sie skizzieren eine sehr spezifische Problemlage für Ihr Unternehmen. Geht es Ihnen also um eine "Lex Wacker"?

Staudigl: Ganz im Gegenteil. Ich spreche eine Bedrohungslage für die gesamte energieintensive Grundstoffindustrie in Europa an. Andere Unternehmen aus den Branchen Chemie, Aluminium, Stahl, Zement oder Kupfer stehen vor vergleichbaren Herausforderungen. In den letzten Jahren ging es darum, eine Verlagerung von Produktionsprozessen und von THG-Emissionen ins außereuropäische Ausland aufgrund der Kosten des europäischen Emissionshandels und der Energiewende zu verhindern. Diese Vermeidung von Carbon Leakage stößt aktuell an seine Grenzen, da er die internationale Wettbewerbsfähigkeit großer Stromverbraucher in der EU nicht mehr sicherstellen kann. Da braucht es neue Ideen wie den atmenden europäischen Industriestrompreis für die energieintensive Grundstoffindustrie als eine Antwort auf den Systemwettbewerb etwa mit China.

Anmerkung der Redaktion: In Teil 2 des Interviews wird es darum gehen, wie eine Strompreisregulierung im Detail aussehen könnte.